





Wir machen unser Geld jetzt selbst!









– Karin Baumert –

Ausschnitt aus dem gleichnamigen Gespräch vom 10. September 2021 im Rahmen der LBB-Bankgespräche

Das ganze Tribunal¹ ist aus einer aktivistischen und aktionistischen Sichtweise heraus entstanden. Es war weniger ein Recherche- oder Studienauftrag, sondern vielmehr haben sich hier viele Initiativen getroffen, die zu verschiedenen Themen arbeiten und die BlackRock als Adressaten hatten.

Das BlackRock-Tribunal ist ein Format, das Peter Grottian zusammen mit Werner Rügemer entwickelt hat. Es ist der Versuch, die sogenannte Zivilgesellschaft zu erreichen. In der Zivilgesellschaft glaubt man, dass man mit Demokratie weit kommt, aber wenn man das Drama auf der Straße sieht, merkt man, dass wir eher in einer Klassengesellschaft leben. Und deshalb bezeichnen wir unsere Protestaktionen auch gern als Formen des zivilen Ungehorsams.

BlackRock ist so allgemein schwer fassbar und deshalb versuche ich, das konkreter zu machen: Ein Häuserblock in Kreuzberg wurde verkauft, die Mieter*innen standen vor Mieterhöhungen. Nicht wegen einer Sanierung, sondern wegen der gestiegenen „Markterwartungsmiete“ bezogen auf die gestiegenen Immobilienpreise. Die Differenz zwischen der realen Miete und der Markterwartungsmiete ist mittlerweile so groß, dass die Vermieter oft versuchen, die alten Mietverträge zu kündigen, um neu und teurer zu vermieten.

Der Block in Kreuzberg wurde also verkauft und die Hausverwaltung wollte alle raussetzen. Dann haben wir festgestellt, dass der Besitzer ein englischer Rentenfonds von Bahnarbeiter*innen ist. Deren Renten wurden privatisiert. Und nun hat eben dieser Rentenfonds diesen Block gekauft und versucht, andere Arbeitnehmer*innen auf die Straße zu setzen. Wir haben ernsthaft überlegt, die Mieter*innen – hier in Berlin – und die englischen Bahnarbeiter*innen, die ihre Renten über diesen Fonds bekommen, mal zusammenzubringen.

Im Gegensatz zu diesem Rentenfonds ist BlackRock aber XXXL. In dem eben beschriebenen Fall waren die Zusammenhänge ja noch zusammenführbar – sowohl das Drama der Mieter*innen als auch das Drama des Rentenfonds für die ehemaligen Bahnarbeiter*innen in England. Bei BlackRock ist das nicht mehr so leicht möglich. Die schalten sehr viel dazwischen. BlackRock ist ja nicht die Hausverwaltung, sondern hält Beteiligungen, zum Beispiel an Vonovia oder Deutsche Wohnen. Sie vernetzen das, was man Finanzkapital nennt. BlackRock geht rein, strukturiert um und versucht – aus der Sicht des Kapitals –, die Effizienz zu erhöhen. Aber was ist Effizienz bezogen auf die Stadt?

Wir sind also bei unserem Tribunal von den Auswirkungen auf die Stadtentwicklung ausgegangen. Was heißt BlackRock für die Frage der Mietsteigerungen, für den Anstieg der Zwangsräumungen? Hier geht es um unsere Alltagsebene. Auch in der Gesundheitsindustrie, in Krankenhäusern, in der Pharmabranche ist BlackRock ja stark vertreten. Deshalb sind wir gezwungen, das Finanzkapital in seiner neuen Art als Ganzes zu thematisieren. Wir können nicht mehr nur auf die einzelnen Probleme wie Atomkraft, Kriegswirtschaft oder Ähnliches fokussieren: Mit BlackRock ist eine ganz neue Art gesellschaftlicher Organisation entstanden.

DIE ANKLAGE: BLACKROCK

organisiert Steuerflucht zugunsten reicher Privateigentümer*innen
verletzt Gesetze der Marktwirtschaft
schwächt die solidarischen Rentensysteme
zerstört die Demokratie durch Bildung von Nebenregierungen
leistet Beihilfe zur Klimaerwärmung und Zerstörung der Umwelt
leistet Beihilfe zu menschenrechtswidrigen Arbeitsverhältnissen
leistet Beihilfe zur demokratieschädlichen sozialen Ungleichheit
leistet Beihilfe zur menschenrechtswidrigen Erhöhung von Mieten
leistet Beihilfe zur Ausspähung von Bürger*innen und Unternehmen

¹ Das BlackRock-Tribunal fand am 26. und 27. September 2020 in Berlin statt.

– Karin Baumert –

Excerpts from the discussion of the same name from September 10, 2021 as part of the LBB bank meetings

The entire Tribunal¹ grew out of an activist and actionist perspective. It was less a research and study project, and more a coming together of a number of initiatives working on various topics that all addressed BlackRock in some way.

The BlackRock Tribunal is a format that was developed by Peter Grottian together with Werner Rügemer in an attempt to reach the so-called civil society. It is believed in civil society that democracy brings us a long way, but when we see the drama on the streets, then it becomes clear that what we have is a class society. Which is why we also see our protests as forms of civil disobedience.

BlackRock is generally difficult to get a handle on, and so I'll try to be more specific: A residential block in Kreuzberg was sold, and the tenants were facing a rent increase. Not because renovation work had been carried out, but simply because of "increased rents in line with market expectations" that are in turn based on increased real estate prices. The gap between the real rents and rents based on market expectations is now so wide that landlords often try to terminate old rent contracts so that they can then rent out the apartments to new tenants with new contracts at higher prices.

This block in Kreuzberg was therefore sold and the housing association wanted to evict all the tenants. Then we realized that the owner was an English pension fund for railway workers whose pensions had been privatized. This pension fund had now bought the block and was trying to put other workers out onto the street. We seriously thought about bringing together the tenants here in Berlin with the English railway workers who received their pensions from the fund.

Unlike this pension fund, BlackRock is XXXL. In the case just described above, the context was such that the different elements of the case could still be linked to one another—the drama of the tenants and the drama of the pension fund for the former railway workers in England. That's no longer possible with BlackRock, because there are so many intermediate parties and elements between them and the execution of their actions. BlackRock is not a housing association, but it holds shares, for example, in Vonovia or Deutsche Wohnen. They network what is known as financial capital. BlackRock goes in, carries out restructuring and tries—from the capital perspective—to increase efficiency. But what is efficiency in terms of the city?

Therefore, the starting point for our Tribunal was the impact this has on urban development. What roles does BlackRock play in terms of rent increases, in the rise in evictions? It's about what happens at the level of our everyday lives. BlackRock is also very much involved in the healthcare industry, in hospitals, and in the pharma sector. That's why that was imperative that we talk about financial capital in its new form as a whole. We can no longer focus only on individual problems like atomic power, the war economy or similar. What we see in BlackRock is the emergence of an entirely new form of organization in society.

¹ The first BlackRock Tribunal was held in Berlin in 2020 on September 26 and 27.

THE ACCUSATIONS: BLACKROCK

organizes tax evasion for rich private property owners
violates the laws of the market economy
weakens the pension systems based on the solidarity principles
destroys democracy by forming parallel governments
contributes towards global warming and environmental destruction
contributes towards working conditions that are human rights abuses
contributes towards social inequality that damages democracy
contributes towards rent increases that violate human rights
contributes towards spying activities against citizens and companies

Karin Baumert studied Urban Sociology, taught at the Bauhaus University in Weimar, was councilor for construction affairs in Berlin-Mitte in the 1990s and is a political activist in the Bündnis Zwangsäumung verhindern/Bündnis Mietenwahnsinn (groups fighting to prevent evictions and uncontrolled rent increases).

(Un)schuldiges Geld

Über die politische Fiktion monetärer Neutralität

– Aaron Sahr –

Unser politisches Bild von Geld gleicht dem eines Werkzeugs: Wer ein gut funktionierendes Thermometer möchte, beauftragt eine Ingenieurin mit der Konstruktion; jemand, die sich mit den physikalischen Eigenschaften flüssiger Messstoffe genauso auskennt wie mit den handwerklichen Erfordernissen des Steigrohrbaus und der Eichung von Skalierungen. Werkzeuge sind in ihrem Aufbau gewissermaßen politisch neutral, unparteiisch sozusagen, entweder sie funktionieren oder sie funktionieren nicht, unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten oder Machtkonstellationen. Zwar kann der Bedarf entstehen, bestimmte, womöglich gefährliche Baumaterialien (etwa Quecksilber) gesetzlich zu verbieten, aber die Funktionalität des Werkzeugs selber verdankt sich nicht einem politischen Konsens, einem verliehenen Titel oder einer gesellschaftlich gesetzten Norm. Schließlich misst das Thermometer einen simplen Sachverhalt, nämlich die Temperatur.

Über das Geld wird häufig ganz ähnlich gesprochen: Es ist ein Tauschmittel, eine Recheneinheit und ein Wertspeicher, liest man in Lehrbüchern, ein individuell für den Austausch verwendbares Werkzeug also, das seine Entstehung und Funktion nicht politischen Weisungen, sondern mehr oder weniger objektiven Kräften – nämlich *Marktkräften* – verdankt. Die dazugehörige Parabel kommt ohne Politik aus: Kluge Kaufleute fanden vor vielen, vielen Jahren heraus, dass der direkte Austausch von Gütern nicht reibungslos ablaufen kann. Wer sich in Arbeitsteilung auf die Herstellung eines einzelnen Gutes spezialisiert, kann nicht sichergehen, auch wirklich die Güter dafür eintauschen zu können, die er oder sie benötigt. Deswegen greift man auf bestimmte Güter als Stellvertreter zurück: Man tauscht seine eigenen Produkte gegen solche, die man leicht wieder eintauschen kann, aber gar nicht notwendigerweise selbst braucht; man speichert sozusagen den Wert seiner Erzeugnisse zwischen, indem man zweimal tauscht. Auf diese Weise wurden zunächst Güter wie Felle oder Muscheln zu solchen Stellvertretern, zu Tauschmitteln, Wertspeichern und dementsprechend Recheneinheiten zur Preisbildung, später Gold und schließlich, als alles gut etabliert war, Papier und Bucheinträge.

In dieser Lehrerzählung (die in Wahrheit kaum Ähnlichkeit mit der tatsächlichen Entstehung und Entwicklung dieses „Werkzeugs“ hat) ähnelt unser Geld tatsächlich insofern dem Thermometer, als dass jeder Geldbetrag ein einzelnes Werkzeug ist, mit dem ein Akteur seinen Austausch organisiert, indem er seine eigenen Leistungen zwischenspeichert. Wer seine eigenen ökonomischen Erzeugnisse oder Leistungen gegen Geld abtritt, nimmt einen Stellvertreter entgegen, erwirbt einen Anspruch gegen die Gesellschaft, den er in Zukunft einzufordern gedenkt. Ein Geldbetrag ist eine Art abstrakter Scheckschein, den man gegen Güter einlösen kann, und zwar idealerweise so viele, wie man zuvor abgetreten hat – so zumindest die berechnete Erwartung. Wer einen Laib Brot gegen Papierzettel abgibt, der hat nur dann wirklich einen Stellvertreter akzeptiert, wenn er auch morgen noch etwas im Wert eines Laibs Brot davon kaufen kann. Anders gesagt: Solange die Preise stabil bleiben, es also keine Inflation gibt, misst und speichert Geld die abgetretene ökonomische Vorleistung und sorgt für eine äquivalente Vergütung zu einem späteren Zeitpunkt.

Die traditionelle Lehrerzählung kommt so also ohne Politik aus, läuft aber auf eine politische Normierung hinaus, indem sie die Norm der Preisstabilität tief in unser Bild von Geld einschreibt. Dadurch verfestigt sich die scheinbar neutrale Erwartung an die Geldpolitik, sich primär und vor allem um die Bewahrung der Kaufkraft zu bemühen. Schließlich ist die im Geldbesitz sedimentierte „Messung“ der Vorleistung ein schlichter Sachverhalt, den das Guthaben in der Hand des Verkäufers repräsentiert. Dessen Kaufkraft erscheint so im Kern als eine unpolitische Eigenschaft. Seinen Anspruch hat der Geldbesitzer schließlich ehrlich *erworben* (durch Verkauf von etwas), er wurde ihm nicht von der Gesellschaft *verliehen*, ist kein Zertifikat oder Rangabzeichen. Dementsprechend scheint es kein legitimes politisches Begehren mehr zu geben außer der Sicherung von Preisstabilität als Bewahrung individuell erworbener Ansprüche auf Güter. Genauso wenig wie man für die Konstruktion eines Thermometers anstelle der Ingenieurin eine Dorfversammlung oder ein Parlament heranziehen würde, wurde diese Verwaltung der Kaufkraft folgerichtig politisch neutralen Organisationen überlassen: die von Expert*innen geführte und von parlamentarischen Streitigkeiten *unabhängige* Zentralbank.

Stabile Preise wirken nun freilich in der Tat wie der Inbegriff einer universalen, also politisch neutralen Norm, schließlich bleiben dadurch die monetären Ansprüche aller Bürger*innen gleichermaßen gewahrt, auch wenn die einen sicherlich mehr und die anderen weniger Geld zur Verfügung haben. Doch schon das ist ein Irrtum, weil Preisstabilität sich nicht durch die Trennung von Geld und Politik selbst einstellt, sondern hergestellt werden muss und dabei stets ungleichmäßig verteilte Kosten erzeugt. Das bevorzugte Mittel unserer Zentralbanken zur Drosselung von Preisanstiegen ist die Erhöhung der Leitzinsen, die Kredite und damit Investitionen verteuern sollen. Wenn die Preise steigen, wollen die Zentralbanken damit die Wirtschaft ausbremsen und dabei vor allem eine Anpassung der Löhne verhindern, die als Haupttriebkraft von Teuerungsspiralen gelten. Deswegen zielt eine restriktive Zinspolitik letztendlich auch auf die Aufrechterhaltung einer gewissen Arbeitslosenquote, um, wie es heißt, „Druck“ aus dem Arbeitsmarkt zu nehmen, also höhere Gehaltsforderungen zu verhindern. Ergo: Wir erkaufen uns Preisstabilität durch die künstliche Verknapplung einträglicher Erwerbsarbeit, durch die Förderung von Arbeitslosigkeit und die Forcierung von Lohnzurückhaltung. Schon Preisstabilität ist also keineswegs politisch neutral, was man im Jahr 2022 wieder besonders deutlich erleben durfte, als die Rückkehr der Inflation zwar Zinserhöhungen und Verzichtsforderungen an die Arbeiter*innen provozierte, aber die Übergewinne der Unternehmen nicht systematisch angetastet wurden.

Mit dem Rückzug der Politik aus der Geldpolitik durch die Etablierung unabhängiger Zentralbanken mit dem Primärziel, individuelle monetäre Ansprüche zu sichern, ging ferner eine vollständige Privatisierung der Geldschöpfung einher, deren Effekte heute mehr denn je eine aufgeklärte gesellschaftliche Debatte über Geldpolitik fordern. Geschäftsbanken schöpfen neues Geld, indem sie Kredite an Unternehmen oder Konsument*innen vergeben. Dabei werden sie von der Zentralbank unterstützt, indem diese die Verrechnungen zwischen den Geschäftsbanken organisiert, die etwa durch Überweisungen

von einem Kundenkonto auf ein anderes notwendig werden. Außerdem stellt die Zentralbank den Geschäftsbanken das Bargeld bereit. Was sie aber nicht (mehr) tut, ist, die Geldmenge oder die Geldschöpfung der Geschäftsbanken zu regulieren oder zu limitieren, wie viele Menschen noch intuitiv unterstellen. Es sind die Geschäftsbanken, die den Takt vorgeben. In der Nachkriegszeit noch existierende staatliche Vorgaben für die private Geldschöpfung wurden seit den 1970er-Jahren in den meisten kapitalistischen Ländern im Zuge des Rückzugs auf die Verwaltung des Preisniveaus durch Zentralbanken radikal abgebaut. Dadurch wurde praktisch das ganze Feld der Geldpolitik verengt, weil substantielle Ansprüche an die Regulation der Geldproduktion fallen gelassen wurden.

Geschäftsbanken entscheiden damit fast autonom über zwei enorm folgenreiche Faktoren: Wie viel Geld es in unserer Wirtschaft gibt und wer es *zuerst* bekommt. Diese Entscheidungen sind nie politisch neutral: Bis zur globalen Finanzkrise von 2008 haben die Geschäftsbanken nämlich Unmengen an neuem Geld geschaffen, allerdings nicht vornehmlich für produktive Zwecke zum Vorteil der breiten Masse, sondern für die Spekulation mit Finanzanlagen und Immobilien. Das hat nicht nur die Ungleichheit verschärft, sondern das gesamte Geld- und Finanzsystem auch destabilisiert. Wegen dieser Destabilisierung mussten Zentralbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) seit der Finanzkrise selbst aktiv werden und Milliarden um Milliarden frisches Geld auf die Märkte schmeißen; es ging ihnen darum, das gewaltige Konstrukt aus Kapitalanlagen und Schulden vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Auf eine Phase intensivster (privater) Geldschöpfung musste also mit intensiver öffentlicher Geldschöpfung reagiert werden, die aber nicht (unmittelbar) der öffentlichen Hand, sondern eben wieder (zunächst und primär) privaten Investor*innen zugutekam. Denn es wurden nicht nur die Autonomiespielräume privater Geldschöpfung ausgeweitet, gleichsam wurde mit der Norm unabhängiger Zentralbanken auch der Zugriff der öffentlichen Hand auf deren Kapazitäten zur Geldschöpfung eingeschränkt, besonders intensiv in der Eurozone: Die EZB darf ausschließlich privaten Investoren frisches Geld zur Verfügung stellen, die Staaten sind dann darauf angewiesen, dieses Geld von den Investoren zu ergattern.

Im Resultat blicken wir auf historisch einmalige Bestände verfügbaren Geldes, die durch die globalen Kapitalmärkte schwirren, nicht allein, weil diese so ertragreich gewesen wären, sondern weil *für sie* so viel Geld geschaffen wurde. Und trotzdem türmen sich überall die Rechnungen der öffentlichen Hand, sei es durch die Pandemie oder aufgrund notwendiger Anpassungen an den Klimawandel; und trotzdem schwächeln Wirtschaft und Löhne, weil produktive Investitionen ausbleiben.

Diesem Missverhältnis kommt man nicht mit klassischer Umverteilungs- und Wirtschaftspolitik bei, sondern nur mit „Geldschöpfungspolitik“, die sich auf einer gesellschaftlichen Ebene mit den Fragen befasst, wie viel Geld auf welche Weise (also: durch wessen Hand) in unsere Wirtschaft eintreten soll. Diese Themen vermögen es aber derzeit kaum zu mobilisieren, weil sie im vorherrschenden politischen Diskurs nicht einmal schlüssig artikuliert werden können – die Vorstellung von Geld als einem individuell verfügbaren, neutralen Werkzeug hat als politische Fiktion die Geldschöpfung aus unserem Diskurs über Geldpolitik verdrängt, der sich in den engen Bahnen der Verwaltung individueller Ansprüche durch unabhängige Zentralbanken bewegt.

Im Feld der Geldpolitik stellen sich aber mehr Fragen, mehr Aufgaben und werden mehr Konflikte ausgefochten als jener, ob die Leitzinsen durch die Finanzingenieur*innen in der Leitzentrale rauf- oder runtergesetzt werden sollten. Geldschöpfungspolitik ist ein Mechanismus der Gesellschaftsgestaltung. Deswegen muss es uns nicht nur interessieren, ob unser Geld weiterhin für die höchsten Renditen auf den Kapitalmärkten ausgeschüttet wird, weil es dann nur tröpfchenweise in der Realwirtschaft und den Staatskassen landet, sondern auch, wenn eine unabhängige Behörde wie die EZB plötzlich ankündigt, eine neue Geldform – den digitalen Euro – einführen zu wollen. Es sollte uns verwundern, dass eine solche Entscheidung und auch jene darüber, wie, in welchem Umfang und in welcher Form die neue Digitalwährung emittiert werden wird, nicht von gewählten Parlamenten und Regierungen vorgestellt und verhandelt wird – sondern von Finanzingenieur*innen. Gleichsam ist es keineswegs schlicht gegeben, welcher Umgang mit Geld für alle vorteilhaft ist oder wer die Kosten der Norm der Preisstabilität zu tragen hat.

Geld ist kein neutrales Werkzeug, sondern eine genuin politische Infrastruktur unserer Gesellschaft. Die Vorstellung eines neutralen Charakters des Geldes hat eine Entdemokratisierung monetärer Infrastrukturen forciert, die uns in Zeiten ökonomischer, ökologischer und sozialer Verwerfungen auf die Füße fällt. Kurzum: Die Neutralität des Geldes ist eine politische Fiktion – und sie ist gefährlich.

(No) interest in money

About the political fiction of monetary neutrality

– Aaron Sahr –

When we think about money in political terms, we might look at it in the same way we would look at a tool. Let's say you want to manufacture a good-quality thermometer, then you first have to get hold of an engineer who can make one for you. Someone who is just as familiar with the physical properties of liquid metering materials as they are with the manual skills needed to construct a riser pipe and to calibrate the temperature readings. Tools are in a sense politically neutral in their construction, non-partisan as it were. Either they work or they don't, independent of parliamentary majorities and power constellations. Of course, the need may arise to prohibit by law certain, perhaps hazardous materials (like mercury, for example), but the functionality of the tool itself has nothing to do with political consensus, a conferred title, or a socially defined norm. Ultimately, all the thermometer does is measure a simple actual state—the temperature.

Money is often talked about in similar terms. Books tell us that it is a means of exchange, a unit of account and a way of storing value, that is, a tool to be used for the purposes of exchange, the creation and function of which do not stem from political instructions, but more or less from objective forces—namely *market forces*. The associated parable can get by just fine without politics. Inventive merchants discovered many, many years ago that exchanging goods directly is not destined to run smoothly. If you specialize in the manufacture of one single product through a division of labor, then you cannot be certain that you can then exchange those goods for other goods you need. Which is why people began using certain goods as surrogates, exchanging own products for other ones that they might not necessarily need themselves, but which they can easily exchange again: as such, the value is stored in the interim period when they exchange twice. In this way, goods like furs or seashells initially became surrogates of this kind, means of exchange, forms of storing value and therefore also units of account that created prices. These were later replaced by gold and ultimately, once everything was up and running, by paper and book entries.

In this narrative (which in reality has hardly any similarity with the actual emergence and development of this “tool”), our money resembles the thermometer to the extent that every sum of money is an individual tool with which an actor organizes their own exchanges by placing their own payments in interim storage. Anyone who relinquishes their own products or services for money, accepts a surrogate in return, and in doing so obtains a claim vis-à-vis society that they intend to assert in the future. A sum of money is a kind of abstract promissory note that can be redeemed for goods, ideally as many as were relinquished beforehand—that is, at least, the justified expectation. Anyone who gives away a loaf of bread for a piece of paper really has accepted a surrogate if they want to buy something the next day that has the same value as the loaf of bread. In other words, as long as prices remain stable, as long as there is no inflation, money measures and stores the economic performance rendered in advance and ensures an equivalent remuneration at a later date.

The traditional narrative therefore leaves politics out of it, and yet still inevitably ends up with some form of political

standardization, as we have deeply internalized the price stability norm in the way we think about money. In this way, the seemingly neutral expectations we have of monetary policy are reinforced, primarily and above all in our efforts to maintain purchasing power. The “measurement” of a payment in advance that is sedimented in the act of possessing money is ultimately a simple matter of fact that represents the credit held by the vendor, whose purchasing power appears to be, at its core, apolitical in character. After all, the person who has money in their possession has acquired their claim by honest means (by selling something), so it was not *lent* to them by society, and it is neither a certificate nor a badge of rank. Accordingly, there no longer seems to be any legitimate political desire other than safeguarding secure price stability as a way to preserve individually acquired claims to goods. Just as one would hardly involve a village gathering or a parliament instead of an engineer when manufacturing a thermometer, this administration of purchasing power has logically been left to politically neutral organizations—the Central Banks, which are managed by experts and are *independent* of parliamentary disputes.

Stable prices do in fact act like the epitome of a universal, therefore politically neutral norm, after all the monetary claims of all citizens remain equally safeguarded by price stability even if, of course, some people have more and others less money at their disposal. But this is already a mistake, because price stability does not happen by separating money from politics. Rather, it must be produced, and in this process it always generates unequally distributed costs. The preferred means used by our central banks to curb price increases is to raise the base rate of interest, with the aim of making loans and investments more expensive. When prices go up, the central banks try to slow down the economy in this way and above all prevent wage adjustments, which are seen as the key driving force behind spiraling price increases. That is why a restrictive policy on interest rates also ultimately aims to maintain a certain level of unemployment—to take “pressure” off the labor market, it is said, that is, to prevent demands for higher pay. As such, we buy price stability by artificially creating a shortage of profitable gainful employment by promoting unemployment and forcing wage restraints. This shows that price stability is by no means politically neutral, something that became very apparent again in 2022 when the return of inflation provoked increases in interest rates and demands that workers renounce pay rises, while the excess profits of companies were systematically left alone.

When the political realm withdrew from monetary policy by establishing independent central banks with the primary goal of safeguarding individual monetary claims, this went hand in hand with a complete privatization of money creation, the effects of which require more than ever an informed debate in society about monetary policies. Commercial banks create new money by giving loans to companies or consumers. They are supported by the central banks in this, which organize the settlements between the commercial banks that become necessary, for example, through bank transfers from one customer account to another. The central banks also provide the commercial banks with money. What they (no longer) do is regulate or limit

the money supply or the creation of money by the commercial banks, which many people still intuitively assume they do. It is the commercial banks that call the tune. State regulations on private money creation that still existed in the post-war era have been radically done away with in most capitalist countries since the 1970s as part of the central banks' retreat to concentrate on managing price levels. This has led in practical terms to a narrowing of the entire field of monetary policy because important requirements concerning the regulation of money creation were simply dropped. This means that commercial banks make their decisions on two extremely serious factors almost autonomously, namely how much money there is in our society and who gets it *first*. These decisions are never politically neutral. Until the global financial crisis of 2008, the commercial banks created vast amounts of new money. However, this was not done primarily for productive purposes and to the benefit of the public at large, but far more for speculative purposes in financial investments and real estate. This not only made inequality even worse, but also destabilized the entire monetary and financial system. Because of this destabilization, central banks like the European Central Bank (ECB) had to become active after the financial crisis and throw billions upon billions of fresh money on to the markets. Their aim in doing this was to keep the massive construct made up of capital investments and debts from collapsing. As such, the reaction to a phase of highly intense (private) money creation was a phase of more intense public money creation which, however, did not (directly) benefit the public sector, but once again (initially and primarily) benefited private investors. Not only was the scope for autonomy in the private creation of money extended, but the norm of the independent central banks also limited access by the public sector to the money created by them (the central banks), something that was particularly strong in the Eurozone. The ECB is only allowed to supply private investors with fresh money, which means it was left to states to get a hold of this money from the investors themselves.

As a result, we are now looking at historically unprecedented amounts of available money floating about the global capital markets, not only because these were so profitable, but because so much money was created *for them*. And, despite this, the public sector bills are piling up everywhere you look, whether because of the pandemic or due to necessary adjustments to climate change. And yet the economy and wages remain weak because of the lack of productive investments. This disparity cannot be remedied with classical redistribution and economic policies, but only with "money creation policies" that examine questions at social level, such as how much money should enter our economy and in what way (that is, through whose hands). However, it is barely possible at the present time to get people to look at such issues, because they cannot even be articulated coherently in the prevailing political discourse. The notion of money as an individually available, neutral tool has, as a political fiction, removed money creation from our discourse on monetary policy, and this discourse focuses on the narrow confines of the management of individual claims by independent central banks. In the area of monetary policy, however, there are more questions, more tasks, and more conflicts than there are about whether the key interest rates should be raised or lowered by the financial engineers who have their hands on the controls. The policy of money creation is a mechanism that shapes society. Which is why we should be interested not only in whether our money continues to be distributed for the highest returns on the capital markets, because only tiny amounts of it then end up in the real economy and in the state coffers, but also why we should be interested when an independent authority like the ECB suddenly announces that it wants to introduce a new form of money—the digital euro. We should think twice about the fact that a decision of this kind as well as the decision about how, to what extent, and in what form a new digital currency will be emitted have not been announced and handled by elected parliaments and governments—but by financial engineers. At the same time, what manner of handling money is beneficial for everyone or who has to bear the costs of the price stability norm is by no means just a given.

Money is not a neutral tool, but rather a genuinely political infrastructure in our society. The idea that money is neutral in character has led to a loss of democracy in the monetary framework that, in times of economic, ecological, and social upheavals, is very much to our disadvantage. In short: the neutrality of money is a political fiction—and it is a dangerous one.